

Working Group VIII

Working document 15

WORKING GROUP VIII « DEFENCE »

Subject : Note by Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Members of the Working Group will find attached a note by Dr Sylvia-Yvonne Kaufmann, member of the Convention.

Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, MEP

Working Group on Defence

Contribution for the meeting on 04 November 2002 -

1. Are the Petersberg tasks as set out in the Treaty still relevant? Can they be adapted/modernised/made more flexible to take into account the new security environment?

In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, noch einmal an den konkreten Inhalt der "Petersberger Beschlüsse" vom 19. Juni 1992 zu erinnern. In diesen Beschlüssen wurde festgelegt, die WEU als militärischen Arm der EU zu stärken und sie zugleich als europäischen Pfeiler der NATO zu etablieren. Die WEU sollte dabei weiterentwickelt werden; die EU-Mitglieder erklärten sich bereit, konventionelle Streitkräfte für die WEU bereitzustellen.

Was dann als "Petersberger Aufgaben" bekannt wurde, war die Festlegung der Aufgaben solcher Streitkräfte: "Neben dem gegenseitigen Beistand in Anwendung von Artikel 5 des NATO-Vertrags und von Artikel V des Vertrags über die Europäische Union in der geänderten Fassung können die militärischen Verbände der WEU zu folgenden Aufgaben eingesetzt werden: Humanitäre Aktionen oder Evakuierungsmaßnahmen; Friedenserhaltende Maßnahmen; Einsatz von Kampftruppen für das Krisenmanagement, unter anderem Maßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens." Diese "Petersberger Aufgaben" wurden schließlich durch den Amsterdamer Vertrag im Artikel 17 (2) des Vertrags über die Europäische Union festgeschrieben.

Insbesondere der dritte Punkt der "Petersberger Aufgaben", "Einsatz von Kampftruppen für das Krisenmanagement, unter anderem Maßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens" muss überprüft werden. Das erfordert eine umfassende und kritische Gesamtbilanz aller bisherigen Kampfkationen unter Beteiligung expliziter EU-Truppen: Was haben die Einsätze in Bezug auf die Wiederherstellung des Friedens tatsächlich bewirkt? Ohne eine kritische Evaluation lässt sich nicht über die "Petersberger Aufgaben" diskutieren bzw. über ihre künftige Konzeption entscheiden.

In den "Petersberger Beschlüssen" heißt es auch, dass die WEU bereit sei, "von Fall zu Fall und nach ihren eigenen Verfahren wirksame Maßnahmen der Konfliktverhütung und Friedenserhaltung zu unterstützen, insbesondere friedenserhaltende Maßnahmen der KSZE (inzwischen OSZE) und des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen" zu ergreifen. Dies wäre für die Europäische Union in Zukunft eine friedenspolitisch fruchtbringende Anknüpfungsmöglichkeit. Ich schlage deshalb vor, Artikel 17 (2) des Vertrags über die Europäische Union in diesem Sinne weiter zu entwickeln.

Bisher ist die Europäische Union im wesentlichen ein ziviles Projekt. Nicht zuletzt dadurch geht von der EU eine nicht zu unterschätzende politische Ausstrahlung aus. Die Aufstellung eigener Kampftruppen im Rahmen der EU würde dagegen zu einer Militarisierung der Union führen, die den bisherigen zivilen Charakter des Projekts völlig untergraben und international neue Gefährdungen für den Frieden heraufbeschwören würde, nicht zuletzt da sie auch als negatives Vorbild für andere Staaten dienen könnte.

2. Should explicit provision be made for the use of the military capabilities and structures foreseen for ESDP inside the EU in the event of a security threat such as terrorist attack?

Terroristische Anschläge auf Personen und Einrichtungen werden mit Mitteln und Methoden geführt, denen mit dem Einsatz von Militär nicht begegnet werden kann. Sie werden im Geheimen geplant und dann möglichst überraschend ausgeführt. Dagegen sind militärische Maßnahmen wirkungslos. Vielmehr gefährden sie zusätzlich Leib und Leben von Unbeteiligten.

Der Kampf gegen Terrorismus muss deshalb vor allem auf zwei Ebenen geführt werden. Seine akute Bekämpfung hat polizeilich zu erfolgen – und zwar von der Aufklärung geplanter und in Vorbereitung befindlicher terroristischer Anschläge bis hin zur Verfolgung und Festnahme terroristischer Straftäter. Hiermit sollten die nationalen Polizeien der EU-Mitgliedstaaten im Zusammenwirken mit Europol beauftragt und für diese Aufgabe entsprechend ausgestattet werden. Darüber hinaus müsste – gegebenenfalls unter Einbeziehung von Europol – die Zusammenarbeit mit den Polizeien jener Länder entwickelt und ausgebaut werden, wo Hinweise für die Planung und Vorbereitung terroristischer Anschläge vorliegen, die in EU-Mitgliedstaaten ausgeführt werden sollen.

Die langfristige Bekämpfung von Terrorismus ist eine zutiefst politische und wirtschaftliche Aufgabe, die darauf abzielen muss, Terrorismus den Nährboden zu entziehen. Dieser Aufgabe muss sich die Europäische Union grundsätzlich zuwenden und im Rahmen ihrer entwicklungspolitischen Ziele dafür konkrete Konzepte entwickeln und auch die erforderlichen Mittel bereitstellen.

3. Should a solidarity commitment be introduced into the Treaty providing for mutual assistance? What form might this take (voluntary opt-in)?

Eine Regelung über gegenseitigen Beistand würde letztlich lediglich auf eine institutionelle Verdoppelung der Nato-Strukturen hinauslaufen. Sie würde dementsprechend nur bei einer Auflösung der Nato einen Sinn ergeben.

Zudem setzte eine solche Beistandsregelung eine strikte Verteidigungsorientierung der EU voraus. Wird aber weiterhin die Durchführung von autonom mandatierten Kampfeinsätzen außerhalb des Territoriums der EU-Mitgliedstaaten als Aufgabe einer EU-Interventionstruppe angesehen, würde eine derartige Beistandsverpflichtung lediglich auf die gemeinsame Durchführung von Militärinterventionen hinauslaufen, die in diametralem Widerspruch insbesondere zum in der UN-Charta fixierten Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen stehen würden.

4. How can the Union develop a comprehensive and coherent security concept, drawing on the range of civilian/military capabilities at its disposal? What should be the role of the High Representative in the area of Defence?

Nach der bisherigen Konzeption einer zunehmenden Bedeutung des Militärischen scheint es nur "konsequent", nun eine enge zivil-militärische Verzahnung anzustreben. Doch eine zivil-militärische Zusammenarbeit ist deshalb problematisch, weil die zivile Komponente durch die Verzahnung mit militärischen Maßnahmen diskreditiert wird. Statt dessen müssen rein zivile Konfliktbearbeitungsmechanismen durch die EU bereitgestellt werden; Grundlage hierfür könnte die unter finnischer Ratspräsidentschaft entwickelte Konzeption nichtmilitärischer Maßnahmen sein.
